



Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 119. Jahrgang, Nr. 269

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-adresse / fivobla@fivobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volksblatt



KULTUR

Kurzweil und Beutemachen

Die Serie über die Gemälde der Fürstlichen Sammlungen befasst sich mit den Breughel-Brüchern. Seite 9



MOBIL-EXTRA

Motor abstellen – ja oder nein?

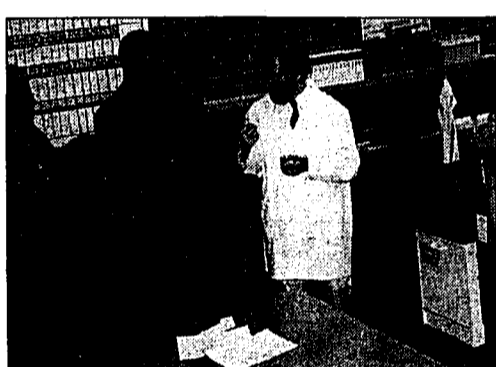
Macht es Sinn, vor dem Rotlicht den Motor abzustellen? Der VCL geht dieser Frage auf den Grund. Seite 10

TAGESSCHAU

Neuer Opernverein

Schon seit längerer Zeit befasste sich der Musiker und Dirigent Martin Biedermann mit der Idee, gehobene Musikkultur in Eigenproduktion in unserem Lande aufzuführen. Zu diesem Zweck wurde nun ein Opernverein gegründet. Unter dem Namen «Opernverein Vaduz – OV» soll primär die Pflege der Opernmusik im Vordergrund stehen. Bereits Ende März 1998 werden die ersten Aufführungen dieses neugegründeten Vereins über die Bühne gehen. Seite 2

Förderung der Schüler-Aktivität



Wie in den vergangenen Jahren wurde am liechtensteinischen Gymnasium in der Woche vor den Herbstferien, vom 29. September bis 3. Oktober 1997, eine Sonderwoche für alle Schülerinnen und Schüler durchgeführt. Im Rahmen dieser Woche fanden in den ersten, vierten und achten Klassen Klassenprojekte statt, die Schülerinnen und Schüler der anderen Klassen konnten aus einem klassen- und fächerübergreifenden Projektangebot auswählen. Heute Dienstag sind die Projekte in einer Ausstellung zu sehen. Seite 6

Freude am Musizieren

Das Herbstkonzert der Harmoniemusik Triessen am vergangenen Sonntag war in allen Belangen ein erfreuliches Ereignis. Die Auswahl der vortragenden Stücke zeigte, dass die Musikerinnen und Musiker bereit waren, sich einer Herausforderung zu stellen. Der Dirigent hat in der Erstellung des Programmes kluges Mass bewiesen und die harmonischen und rhythmischen Anforderungen dem möglichen Können der Musikanten angepasst. Seite 7

Bauarbeiter demonstrierten

Rund 8000 Bauarbeiter sind am Montag in zwölf Schweizer Städten auf die Strasse gegangen. Sie demonstrierten für Kaufkrafterhaltung, Frührenten, Arbeitszeitreduktionen und mehr Rechte am Arbeitsplatz. Die Arbeiter wollen Kampfmassnahmen, falls bis Ende Jahr kein neuer Landesmantelvertrag zustande kommt. Seite 11

Fussball-Herbstbilanzen

«Der Sieg zum Abschluss in Frauenfeld war Gold wert. Nun können wir mit einer ganz anderen Stimmung und einem positiven Gefühl in die Winterpause». Für Alphons Dobler, Trainer beim einzigen liechtensteinischen Erstligisten, also ein versöhnlicher Abschluss einer insgesamt eher durchwachsenen Herbst-Saison. Die Ziele fürs Frühjahr sind klar: ein gesicherter Mittelplatz und der Gewinn des liechtensteinischen Cups. Mehr als zufrieden kann USV-Trainer Manfred Bischofberger sein. Nicht wenige der sogenannten «Experten» bezeichneten den USV Eschen/Mauren nach dem gewaltigen Aderlass als Abstiegskandidat. Die mit wenig Kredit in diese Saison gestarteten Unterländer bekehrten dann aber alle eines Besseren. Das Team von Trainer Manfred Bischofberger überwintert auf dem 3. Platz der 2. Liga/Gruppe 1. Seite 13

Regierung macht nichts!

Massive Erhöhung der Krankenkassenprämien – Keine Einflussnahme

Die Krankenkassen-Prämien in Liechtenstein werden im nächsten Jahr massiv ansteigen, nach den vorliegenden Meldungen massiver als in der Schweiz. Die Regierung wird nichts dagegen unternehmen. Die Krankenkassen seien nicht verpflichtet, ihre Prämienanpassungen zur Bewilligung vorzulegen, erklärte Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter.

Die Krankenkassen in Liechtenstein erhöhen ihre Prämien für 1998 um 20 bis 30 Prozent. Die Prämien-erhöhungen werden nach Auskunft von Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter von jeder Krankenkasse individuell bestimmt und so bemessen, dass damit eine kosten-

deckende Grundversicherung erreicht wird.

Fragen im Landtag

Die neue Prämien-gestaltung der Krankenkassen, die in der Öffentlichkeit für heftige Diskussionen sorgt, geht im Unterschied zu den staatlichen Interventionen bei der Sanierung der maroden liechtensteinischen Krankenkasse an der Regierung widerspruchlos vorüber. Die Krankenkassen seien in der Festlegung ihrer Prämien frei, zitierte Wirtschaftsminister Michael Ritter auf zwei kleine Anfragen der Abgeordneten Helmut Konrad (FBPL) und Paul Vogt (FL) das Krankenversicherungsgesetz. Den Krankenkassen sei nicht vorgeschrieben, ihre Prämienanpassungen der Aufsichtsbehörde zu melden oder gar zur Bewilligung vorzulegen.

Zur Sanierung der LKK?

Die Mutmassung, dass die Prämien-erhöhungen in dieser Höhe gemacht werden sollen, um der liechtensteinischen Krankenkasse bei der Sanierung besonders unter die Arme zu greifen, bezeichnete Ritter als «abwegig». Die einzelnen Krankenkassen würden niemals akzeptieren, betonte der Wirtschaftsminister, ihre Versicherten übermässig zu belasten, nur um eine einzelne Krankenkasse damit zu unterstützen. Überdies würde die Festlegung einer «unangemessen hohen Prämie» gegen das Krankenversicherungs-gesetz verstossen.

Sanierungskonzept eingehalten

Auf eine andere Anfrage des FBPL-Abgeordneten Johannes Matt gab Regierungschef-Stell-

vertreter Michael Ritter die Auskunft, dass das Sanierungskonzept für die liechtensteinische Krankenkasse planmässig durchgeführt werde.

Die Auszahlungen gemäss Konzept habe die Krankenkasse erst durchführen können, nachdem sie das Darlehen vom Staat erhalten habe. Der Darlehensvertrag wurde nach seinen Ausführungen am 17. November unterzeichnet, das Darlehen in Höhe von 6 Millionen Franken sei sofort überwiesen worden, alle Rechnungen mit Rechnungsdatum vor dem 1. Januar 1997 seien beglichen worden. Es bestehe keinerlei Grund zur Annahme, unterstrich Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter, dass die liechtensteinische Krankenkasse ihren Verpflichtungen nach dem ausgehandelten Sanierungskonzept nicht nachkomme. Günther Meier



KONKURS

Riesenpleite in Japan

Eines der grössten japanischen Wertpapierhäuser, Yamaichi Securities, hat am Montag Konkursantrag gestellt. Das teilte das Finanzministerium in Tokio mit. Das Ende des hochverschuldeten Unternehmens ist der grösste einer japanischen Firma seit dem Zweiten Weltkrieg und ein schwerer Schock für die Finanzwelt des Landes. Die 100 Jahre alte Firma hinterlässt Gesamtschulden von insgesamt rund drei Billionen Yen (knapp 34 Milliarden Franken). «Es bricht mir das Herz, dass sich die Situation so herausgestellt hat», sagte Firmenchef Shohei Nozawa. Finanzminister Hiroshi Mizusaka (Bild) rief Investoren und Kunden von Yamaichi zur Besonnenheit auf. Mehr darüber auf Seite 11.

Veterinär-Stationen gemeinsam in Betrieb

Höchst und Schaanwald starten gemeinsam

HÖCHST/FELDKIRCH: Die geplanten Veterinär-Grenzkontrollstellen in Höchst und Nendeln (Schaanwald-Tisis) werden nur gemeinsam in Betrieb gehen, und Nendeln wird nur so lange in Betrieb bleiben, als dies in Höchst der Fall ist und umgekehrt.

Darauf einigten sich am Montag in Bregenz der liechtensteinische Regierungsrat Michael Ritter und hohe Repräsentanten des österreichischen Bundeskanzleramtes. Die Besprechung fand auf Einladung von Landeshauptmann Herbert Sausgruber und Landesrat Erich Schwärzler im Landhaus in Bregenz statt.

Für Landeshauptmann Herbert Sausgruber konnte damit in dieser wichtigen Frage ein entscheidender Erfolg erzielt werden. Sausgruber: «Das Ergebnis wurde auch schriftlich festgehalten. Laut Liechten-

steins Regierungsrat Ritter wird die Sache noch formell von der Regierung des Fürstentums am Dienstag, den 2. Dezember 1997, absegnet.»

Für Landesrat Schwärzler ist zudem wichtig, «dass bei der Besprechung auch alle wesentlichen Abfertigungsbefugnisse im Detail abgeklärt werden konnten und dass es in der Folge weder in Höchst noch in Tisis einen weiteren Ausbau der Infrastruktur geben wird». Schwärzler: «Wir gehen davon aus, dass bis zur gemeinsamen Inbetriebnahme von Höchst und Nendeln die bisherige Regelung beibehalten werden kann.»

Laut den Ministerialräten Weber und Bartl vom Bundeskanzleramt ist auch damit zu rechnen, dass es zwischen der EU und der Schweiz zu einem Vertrag kommen wird, der die Kontrollhäufigkeit künftig wieder verringert. (VLK)

Österreich erfüllt Konvergenzkriterien

Verzicht auf Euro bedeutet Vertragsbruch

BRÜSEL: Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Laut Herbstprognose der EU-Kommission qualifiziert sich Österreich für eine Teilnahme an der europäischen Währungsunion zum Starttermin 1. Januar 1999. Im entscheidenden Rechnungsjahr 1997 bleibt das österreichische Haushaltsdefizit mit 2,8 Prozent deutlich unter dem Limit von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die Gesamtverschuldung liegt zwar mit 66,1 Prozent über den geforderten 60 Prozent, ist – wie im Maastrichter Vertrag gefordert – aber stetig rückläufig. Mit einem Erfolg des vom österreichischen Rechtspolitisten Jörg Haider eingeleiteten Volksbegehrens gegen den Euro rechnet in Wien und Brüssel niemand. Der Verzicht auf den Beitritt zur Währungsunion wäre zudem

rechtlich problematisch. «Wir würden vertragsbrüchig», verlautete aus der österreichischen Delegation. Österreich habe in seinem Beitrittsvertrag zur Europäischen Union auch den Beitritt zur Währungsunion unterzeichnet, die zum Zeitpunkt des Aufnahmeprotokolls – 1995 – bereits beschlossene Sache war.

Eine Nichtteilnahme an der gemeinsamen Währung ist im Maastrichter Vertrag nur für die EU-Mitglieder vorgesehen, die die Konvergenzkriterien nicht erfüllen – das sind nach der Herbstprognose Griechenland und Frankreich, wobei Frankreich das Defizitkriterium mit 3,1 Prozent nur leicht überschreitet und damit dennoch mit von der Partie wäre. Bei den Verhandlungen über den Maastrichter Vertrag sicherten sich darüber hinaus Dänemark und Grossbritannien eine Ausnahme Klausel.